

**Michael Brie**

## **Der Beitrag der EU zu einer multilateralen Welt**

Beitrag zum Workshop der RLS, Berlin, und des Zentrums für die Probleme der gegenwärtigen Welt, Beijing, Oktober 2003

„wer andere kennt, ist klug  
wer sich kennt, ist weise  
wer andere bezwingt, ist kraftvoll  
wer sich selbst bezwingt, ist unbezwingbar“

*Laudse<sup>1</sup>*

Die USA scheinen gegenwärtig als einzig mögliches Modell erfolgreicher zivilisatorischer Entwicklung. Die USA sehen sich selbst als die „Erste Nation“ des 21. Jahrhunderts. In der Amerikanisierung der Welt und in ihrer Unterordnung unter die USA wollen deren Eliten den einzig möglichen Weg zu einer Welt von Wohlstand, Freiheit und Frieden sehen. Selbstbewusst wird Gefolgschaft eingefordert und Feindschaft erklärt, wenn sich Staaten nicht der „Koalition der Willigen“ anschließen. Bewegungen, die die direkte Konfrontation mit den USA suchen, werden weitgehend auf einen totalitären Terrorismus und antimodernen Fundamentalismus reduziert.

Aber gibt es realistische Alternativen zur Vorherrschaft der USA (der *Pax Americana*) als Garanten einer neuen Weltfriedensordnung auf der Basis ihres unilateralen Gewaltmonopols? Ist die Unterordnung unter die Logik dieser Vorherrschaft der einzige Weg, um eigene nationale Interessen zur Geltung bringen zu können? Ist es zumindest auf absehbare Zeit unmöglich, eigene Wege moderner Zivilisation zu entwickeln? In einem Beitrag zu einem Seminar der gleichen Veranstalter war vor einem Jahr der Konflikt zwischen globalen Notwendigkeiten und den Interessen der USA analysiert worden, der durch die Ideologie des *Amerikanismus* überbrückt werden soll.<sup>2</sup> Hier nun soll danach gefragt werden, welchen Beitrag die Europäische Union zur Schaffung von Alternativen leisten kann.

Der Blick vieler Beobachter des Zeitgeschehens wird oft dadurch getrübt, dass er zwanghaft auf jene Tagesordnung starrt, die die einzig verbliebene Supermacht der Welt zu verordnen sucht. War es nach 1945 der Kampf gegen den Weltkommunismus, so wurde der Terroranschlag vom 11. September genutzt, um den Kampf gegen den Terrorismus zum Weltproblem Nr. 1 zu erklären, ein Kampf, der – so heißt es aus Washington – nur unter Führung der USA und vornehmlich mit militärischen Mitteln gewonnen werden könne. Die gleichen Denk- und Politikmuster, die die Epoche von knapp fünfzig Jahren nach dem II. Weltkrieg prägten, wurden nun auf einen Konflikt übertragen, der keinesfalls die Existenz der USA und auch nicht den der menschlichen Zivilisation im Ganzen zu bedrohen vermag. Ist die Unterordnung unter diese Deutung der Gegenwart aber zwingend?

Oftmals vollziehen sich die eigentlich interessanten und langfristig wichtigsten Entwicklungen genau nicht dort, wo imperiale Mächte ihre ganze Aufmerksamkeit und ihren

---

<sup>1</sup> Laudse: Daudedsching. Verlag Philipp Reclam jun. Leipzig. Leipzig 1973, S. 89.

<sup>2</sup> Siehe: Michael Brie: The spectre of Anti-Americanism – or the competition between Americanism and multilateral universalism.

Gewaltapparat konzentrieren<sup>3</sup>. Das historisch Neue entsteht häufig nicht aus jenen Hauptkonflikten einer Zeit, die die ganze Kraft, Energie und Leidenschaft der Kombattanten erfordern, sondern in den Zwischenräumen, den Poren, den Nebenschauplätzen einer Epoche.<sup>4</sup> Ganz im Banne der großen Kämpfe einer Zeit kann selbst dem aufmerksamsten Beobachter gerade deshalb das Heranreifen eines neuen Zeitalters entgehen.

War die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in hohem Maße durch den Wettbewerb zwischen dem US-amerikanischen und dem russisch-sowjetischen Zivilisationstyp geprägt, so haben sich im Schatten dieses Wettbewerbs weitere Großregionen entwickelt, die schon heute die Globalisierung wesentlich prägen. Dies gilt neben China, Indien, Lateinamerika nicht zuletzt für die Europäische Union.<sup>5</sup> Sie ist die nichtintendierte Nebenfolge der Niederlage Deutschlands im langen Krieg von 1914 bis 1945 um die europäische Vorherrschaft und zugleich des Kalten Krieges. Ihre Gründung resultierte erstens aus dem Bestreben, das deutsche Vorherrschaftsstreben in Europa auf Dauer zu beenden zugunsten einer Politik europäischer Integration im Bündnis zwischen Frankreich und (West-)Deutschland, zweitens aus einer Politik der Einbindung Westdeutschlands in das westliche Bündnis, eine Einbindung, die nicht nur sicherheitspolitisch gedacht werden konnte. Mit ihrer Gründung wurde aber drittens von Beginn an auch der Akzent auf die Eigenständigkeit Westeuropas gegenüber den USA gelegt.

Im weiteren soll die Frage diskutiert werden, inwieweit die *Europäische Union* Potenziale aufweist, die zu einer globalen Herausforderung des Amerikanismus werden und Potenziale für eine neue Weltordnung des 21. Jahrhunderts entwickeln kann. Diese Frage stellt sich doppelt – nach innen und nach außen, im Sinne der Gestaltung der inneren Verhältnisse der EU wie ihres Beitrages zur Gestaltung einer globalen Welt. Sie kann nur vor dem Hintergrund ihrer Geschichte verstanden werden.

## **1. Die Europäische Union – ein offenes historisches Projekt der Emanzipation aus selbst verschuldeter Unmündigkeit**

Die Europäische Union ist vor allem Resultat des Scheiterns des großdeutschen Versuchs, das Gleichgewicht der großen europäischen Mächte zu beenden, Europa unter Herrschaft Deutschlands zu einigen und sich gegen Russland und die USA durchzusetzen. Mit dem Sieg der Alliierten (vor allem der Sowjetunion und der USA) über den Hitlerfaschismus war zugleich die Vorherrschaft Europas in den internationalen Beziehungen endgültig beendet.<sup>6</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. dazu unter entwicklungspolitischem Aspekt: Hirschman, Albert O., 1993: *Entwicklung, Markt und Moral. Abweichende Betrachtungen*. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag.

<sup>4</sup> Mann, Michael, 1990: *Geschichte der Macht. Erster Band: Von den Anfängen bis zur griechischen Antike*. Ffm./New York.

<sup>5</sup> Dabei wird der Bezug auf Entwicklungen in Asien oder auf anderen Kontinenten nur eine Randbedeutung haben. Der Aufstieg Japans zu einer der wichtigsten Wirtschaftskräfte der Welt nach dem II. Weltkrieg, die Entwicklung der sog. Kleinen Tiger und vor allem seit den achtziger Jahren der VR China sowie Indiens hat Asien zur dritten wichtigen Wirtschaftsregion der Welt neben den USA und Westeuropa gemacht. Die sozialen, politischen und sicherheitspolitischen Implikationen dieser Entwicklung können hier nicht diskutiert werden.

<sup>6</sup> Julius Fröbel, ein emigrierter deutscher Linksdemokrat, hatte 90 Jahre vorher am 16. Juni 1855 im *San Francisco Journal* festgestellt, „dass an die Stelle eines politischen Gleichgewichts von Europa ein politisches Gleichgewicht der Welt zu treten beginnt. Die große Politik ist Weltpolitik geworden. Sie lässt sich nicht mehr auf die Interessen eines Weltteils beschränken... Amerika und Russland sind die beiden Pole der politischen Welt geworden, und zwischen ihnen liegt das westliche Europa als Übergang in der Mitte“ (zitiert in: Link, Werner, 2000: *Europäische Sicherheitspolitik. Der Ausgang Europas aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit*. In: *Merkur*, Heft 617/618, S. 916). Es könnte sich erweisen, dass anstelle des amerikanischen Zeitalters in wenigen Jahrzehnten tatsächlich ein Gleichgewicht der Welt treten wird, das über keine Mitte und zugleich über starke asiatische Kräfte verfügen wird.

Mehr noch: Europa wurde zum wichtigsten Ort der Blockkonfrontation der beiden Supermächte, der sich kein Land oder Volk entziehen konnte. Die westeuropäischen Staaten sahen in der Unterordnung unter die sicherheitspolitische Vorherrschaft der USA im Rahmen der NATO die Bedingung ihrer Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion und damit der Sicherung einer freieren Ordnung. Zugleich sollten aber auch die inneren Konflikte Westeuropas, vor allem der zwischen Frankreich und Deutschland, „zivilisiert“ werden. Dazu wurde der Weg der westeuropäischen Integration gewählt. Während für die USA diese Integration eine Voraussetzung erfolgreicher Ausübung ihrer sicherheitspolitischen Hegemonie darstellte<sup>7</sup>, war für die Westeuropäer die Hegemonie der USA das Schutzschild, um ihre Integration zu befördern und das Erbe des großen, vornehmlich innereuropäischen Krieges von 1914 bis 1945 so zu bewältigen, dass eine Wiederholung unmöglich wurde.

Schon 1946 forderte Winston Churchill mit Blick auf die Ruinen eines Krieges, der Europa an den Rand der Vernichtung gebracht hatte: „Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen. Nur so können Hunderte von Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen (...) Der erste Schritt bei der Neugründung der europäischen Familie muss eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein...“<sup>8</sup> Es war charakteristisch, dass sich selbst damals die britische Politik nicht als Hauptakteur der westeuropäischen Integration sah. Die Gründung der Montanunion von 1951, an der sich Frankreich, Deutschland, Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande beteiligten, und die einen gemeinsamen Markt für die Schlüsselindustrien schuf, das kriegswirtschaftliche Potenzial Westdeutschlands unter europäische Kontrolle stellte (indem es zugleich das der anderen unter die gleiche Kontrolle stellte<sup>9</sup>), bildete den historischen Ausgangspunkt der Europäischen Union.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Um Westeuropa als Ganzes sich in der Blockkonfrontation unterzuordnen, durfte es nicht von antagonistischen Konflikten zerrissen sein. Die USA setzte auf Hegemonie durch Integration (Eckart Conze): „Aus amerikanischer Sicht waren (nach 1954 – MB) transatlantische Hegemonie und westeuropäische Integration kein Gegensatz, sondern zwei Seiten derselben Medaille“ (Link 2000: 916 f.)

<sup>8</sup> Zitiert in: Marc Fritzler; Günther Unser: Die Europäische Union. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1998, S. 15.

<sup>9</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg hatte Frankreich noch den Weg der Annexion des Ruhrgebiets gewählt, um diese Kontrolle einseitig auszuüben.

<sup>10</sup> In einer Regierungserklärung zum fünften Jahrestag des Sieges über den deutschen Nationalsozialismus führte der damalige französische Außenminister, Robert Schuman, aus: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muß in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen. Zu diesem Zweck schlägt die französische Regierung vor, in einem begrenzten, doch entscheidenden Punkt sofort zur Tat zu schreiten. Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde (Haute Autorité) zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offen steht. Die Zusammenlegung der Kohlen- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern - die erste Etappe der europäischen Föderation - und die Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind. Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. Die Schaffung dieser mächtigen Produktionsgemeinschaft, die allen Ländern offen steht, die daran teilnehmen wollen, mit dem Zweck, allen Ländern, die sie umfasst, die notwendigen Grundstoffe für ihre industrielle Produktion zu gleichen Bedingungen zu liefern, wird die realen Fundamente zu ihrer wirtschaftlichen Vereinigung legen.“ Quelle: Europa-Archiv, Nr. 13/1950,5. 3154 f.

Die Europäische Union stellt das wohl erfolgreichste Integrationsprojekt der jüngeren Geschichte dar. Es hat das Ende des Kalten Krieges nicht nur überlebt, sondern danach an Dynamik noch gewonnen. Waren schon in den siebziger und achtziger Jahren fast alle Staaten Westeuropas der Europäischen Gemeinschaft beigetreten, so folgten in den neunziger Jahren die blockfreien Staaten Westeuropas und im Jahre 2004 kommen zehn Staaten des östlichen Mitteleuropas bzw. Südeuropas hinzu. Der Beitritt der Balkanstaaten sowie evtl. der Türkei wird mit hoher Wahrscheinlichkeit folgen. 1993 wurde der Binnenmarkt vollendet, im Jahre 1999 der Euro in zwölf der fünfzehn Mitgliedsstaaten eingeführt. Damit ist das Monopol des Dollars als globaler Leitwährung durch eine „Duopol“ (Fred C. Bergsten) abgelöst. Konturen einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zeichnen sich ab, auch wenn sie durch große Konflikte konterkariert werden. Im zweiten Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges könnte es dazu kommen, dass Europa seine selbstverschuldete Unmündigkeit (Werner Link mit Anspielung auf Immanuel Kants Definition von Aufklärung) endgültig verlässt.

Diese schrittweise Emanzipation der Europäischen Union von der Hegemonie der USA ist immer wieder auf deren intensiven Widerstand gestoßen, eine Tatsache, die im öffentlichen Bewusstsein unterdrückt wird. So wurde der Versuch des französischen Präsidenten, de Gaulle, durch einen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag die Vorherrschaft der USA zurückzudrängen, vereitelt, worauf Frankreich die Militärorganisation der NATO verließ. Die Vereinbarung über die Europäische politische Zusammenarbeit von 1970 wurde durch das Gymnicher Gentlemen's Agreement mit den USA so modifiziert, dass die USA eine direkte Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozess noch vor jeder Beschlussfassung und damit die Möglichkeit erhielt, abweichende Positionen der Europäer zu blockieren. Und noch in den neunziger Jahren äußerte der frühere US-Verteidigungsminister Cohen: „Nur eine der Nato untergeordnete europäische Komponente (der Verteidigung – d. Verf.) findet die Zustimmung der USA.“<sup>11</sup> Der EU soll die wichtigste traditionelle Prärogative einer selbständigen Macht, die eigenständige Verfügung über militärische Macht, von der die USA so ausgiebig Gebrauch machen, verwehrt bleiben.

## **2. Die Europäische Union vor neuen Herausforderungen**

Der offensichtliche Erfolg der Europäischen Union ist zugleich ihr größtes Problem: Sie sieht sich neuen Anforderungen gegenüber, die sie zu überfordern drohen. (1) Die weitgehend erfolgte Wirtschaftsunion steht in ihrer heutigen Form im Widerspruch zur Erhaltung der europäischen Sozialstaatlichkeit, (2) die Erweiterung auf bald fünfundzwanzig und später über dreißig Staaten scheint unvereinbar mit einer wirklichen Integration, (3) das Ende der Blockkonfrontation schafft Bedingungen autonomer internationaler Handlungsfähigkeit und fordert damit mit größter Dringlichkeit Antworten auf Ziele, Mittel und Wege der Politik der EU in der Welt.

### **(1) Die europäische Sozialstaatlichkeit**

Der Erfolg der (west-)europäischen Integration war von Anfang an vor allem ein Erfolg bei der Schaffung einer europäischen Marktgesellschaft, innerhalb derer sich Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte frei bewegen können.<sup>12</sup> Was als Mittel einer Politik begann, die darauf abzielte, die innereuropäischen Konflikte zu domestizieren, wurde

---

<sup>11</sup> Zitiert in: Czempiel, Ernst-Otto, 2000: Nicht von gleich zu gleich? Die USA und die Europäische Union. In: Merkur, Heft 617/618, S. 912.

<sup>12</sup> 1994 traten diesem einheitlichen Wirtschaftsraum (nicht aber der EU) noch Island, Norwegen und Liechtenstein bei. Er umfasst zu diesem Zeitraum schon 380 Mio. Menschen.

ihr wichtigstes Ergebnis.<sup>13</sup> Rudolf Burger spricht in diesem Zusammenhang von einem „Markteuropa“, das auf einem Gesellschaftsvertrag (Rüdiger Altmann) basiere, dessen Gesellschafter die europäischen Staaten seien: „Heute ist die EU am ehesten mit einem gutbürgerlichen Club vergleichbar, in dem man sich gegenseitig fördert und den Ärmeren zwar gelegentlich aushilft, aber sicher nicht auf Dauer, der von seinen Mitgliedern ein eigenes höheres Einkommen erwartet und gewisse zivilisatorische Mindeststandards verlangt; Proleten haben dort nichts verloren.“<sup>14</sup>

Diese Sicht verkennt die politischen und sozialen Triebkräfte des europäischen Integrationsprozesses. Die Durchschlagskraft der wirtschaftlichen Einigung basierte auf ihrem Gleichklang und ihrer Gleichgerichtetheit mit bestimmten politischen und sozialen Vorstellungen und Werten. Die ökonomische Integration ist deshalb davon abhängig, dass sie den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürgern Europas nicht zuwiderläuft.

Die Europäische Union verkörpert global ein Modell gesellschaftlicher Entwicklung, das sich deutlich von anderen unterscheidet. Wie Michel Albert schreibt: „Europa sucht ein Gleichgewicht im Dreieck Demokratie, Marktwirtschaft und sozialem Zusammenhalt, während die Konkurrenten nur zwei der drei Seiten im Auge behalten: Amerika konzentriert sich auf Demokratie und Markt, während Asien für den sozialen Zusammenhalt und die Fortschritte des Marktes eintritt, im Zweifel auf Kosten der Demokratie.“<sup>15</sup>

Während für die USA der Systemwettbewerb sich vor allem auf die Felder von individueller Freiheit und Rüstung konzentrierte, standen die westeuropäischen Länder auch in einer direkten Konkurrenz mit der spezifischen Sozialstaatlichkeit des sowjetischen Sozialismus.<sup>16</sup> Die existentielle Krise des gesamten europäischen Kapitalismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte zudem darauf verwiesen, dass ohne eine Befriedung der sozialen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit keine Stabilität und dauerhafte Entwicklung möglich war.<sup>17</sup> Es entstand ein besonderer Typ von Kapitalismus, der über viele Jahrzehnte gegenüber dem der USA konkurrenzfähig war. Seine Merkmale waren ausgeprägte Sozialstaatlichkeit, starke Einbindung der Großunternehmen in soziale Verantwortlichkeit, herausgehobene Bedeutung der Sozialpartnerschaft, besondere Rolle der Banken bei der Unternehmensfinanzierung.

Michel Albert sprach vor dem Hintergrund dieser spezifisch europäischen Traditionen vom „rheinischen Kapitalismus“, der mit dem angelsächsischen Kapitalismus erfolgreich im Wettstreit stehe.<sup>18</sup> Diese Tatsache eines strukturell verfestigten Typs eines europäischen Kapitalismus wird nicht zuletzt in den hohen Sozialtransfers und dem hohen Anteil

---

<sup>13</sup> Rückwirkend kann es erscheinen, als sei die Ökonomie selbst die eigentlich treibende Kraft gewesen: „Die wirtschaftliche Vereinigung, ausgegeben als Mittel politischer Ziele, war das Ziel der Politik und diese deren Mittel.“ Burger, Rudolf, 2003: Kontinentalverschmelzung. Die europäische Frage und die Zukunft der EU. In: Merkur, Heft 3/2003, S. 195.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 188.

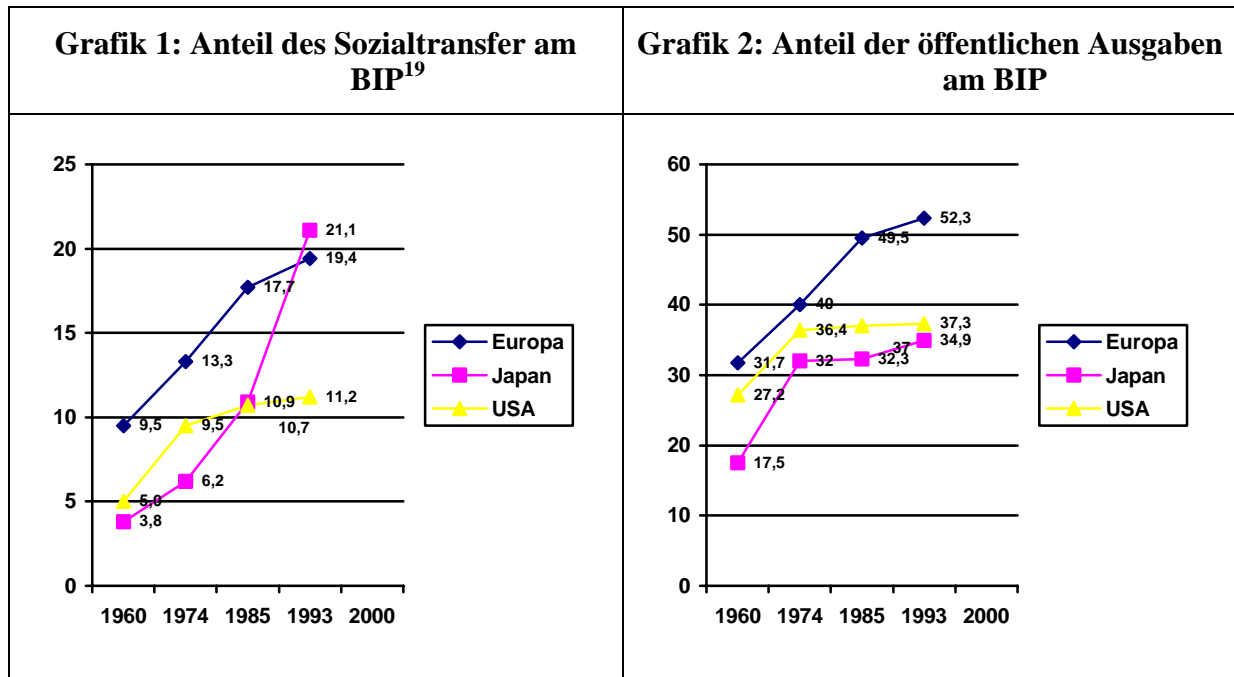
<sup>15</sup> Albert, Michel, 2001: Kapitalismus contra Kapitalismus – zehn Jahre danach. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/2001, S. 1457.

<sup>16</sup> Die Aufstände und Unruhen in einer Reihe von Ländern im sowjetischen Einflussbereich war der Auslöser zur Etablierung eines strukturell konservativen Wohlfahrtsstaats, dessen Kern eine Art stillschweigender Sozialvertrag bildete – Austausch von Loyalität und Hinnahme sowjetischer Macht gegen die Bereitstellung von sozialer Sicherheit, Wohlfahrt und egalitärer Gleichheit durch die Staatsparteien. Vgl. dazu: Cook, Linda J., 1992: Brezhnev's 'Social Contract' and Gorbachev's Reforms. In: Soviet Studies, 44 (1), 37-56

<sup>17</sup> Dies schlug sich auch darin nieder, dass selbst die CDU in ihrem Parteiprogramm von 1947 die Überwindung des Kapitalismus auf die Tagesordnung setzte.

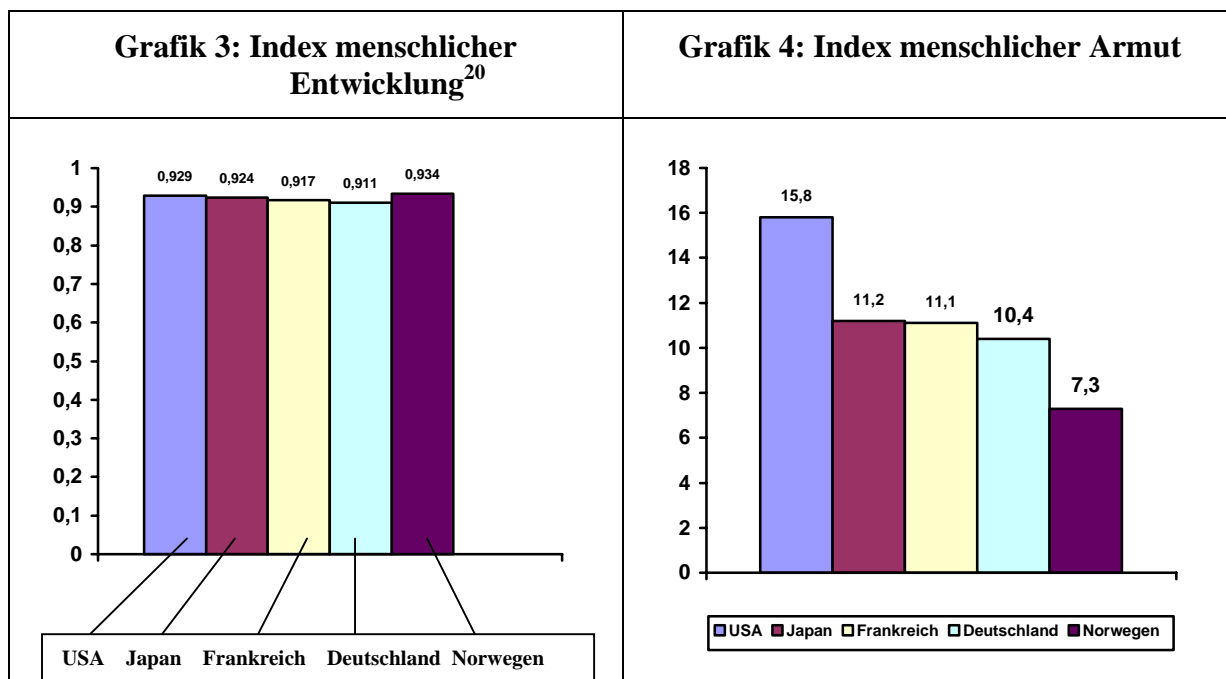
<sup>18</sup> Albert, Michel, 1991: Capitalisme contre Capitalisme. Paris

öffentlicher Ausgaben am Bruttosozialprodukt (BIP) deutlich (siehe Grafiken 1 und 2). Diese Zahlen haben sich auch durch die marktorientierten Reformen des letzten Jahrzehnts nicht wesentlich verändert.



Vergleicht man verschiedene Länder, so ist es sinnvoll, nicht nur auf das Bruttosozialprodukt und seine Verteilung zu blicken, sondern vor allem auf die Effekte, die dies für die Bevölkerung der jeweiligen Länder hat. International wurden dafür u. a. der *Index menschlicher Entwicklung* und der *Index menschlicher Armut* entwickelt. Der *Index menschlicher Entwicklung* bewertet die Länder unter den Gesichtspunkten von Lebenserwartung Neugeborener, Alphabetisierungsquote Erwachsener, Einschulungsquoten und Pro-Kopf-Einkommen. Der *Index menschlicher Armut* analysiert die jeweiligen Länder vor allem unter dem Aspekt der Ungleichheit und erfasst Indikatoren, die die soziale Spaltung einer Gesellschaft widerspiegeln. Dazu gehören: Anteil der Bevölkerung mit einer Lebenserwartung unter sechzig Jahren, Anteil der funktionalen Analphabeten, Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtbeschäftigung, Anteile des oberen bzw. unteren Fünftels der Bevölkerung am Gesamteinkommen sowie Anteil der sozial Armen an der Bevölkerung. Während die Unterschiede zwischen den hochentwickelten Länder bezüglich des *Indexes menschlicher Entwicklung* gering sind, sind sie bezüglich des *Indexes menschlicher Armut* zwischen den europäischen Ländern und den USA sehr hoch (siehe Grafiken 3 und 4).

<sup>19</sup> Die Angaben sind entnommen: Göran Therborn: Europa im 21. Jahrhundert: das Skandinavien der Welt? In: Göran Therborn/Karl Georg Zinn: Europa & Amerika im 21. Jahrhundert. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2000, S. 12.



Die Orientierung auf einen sozial gebändigten Kapitalismus und die soziale Verpflichtung von Kapitaleigentum ist auch in den Leitbildern der führenden Eliten fest verankert. So formulierte der damalige konservative Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, in einer Regierungserklärung von 1996 sehr deutlich: „Genauso klar muss ich sagen, dass ich es nicht akzeptiere, das amerikanische Modell auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen; denn in den USA herrscht unter vielen Gesichtspunkten eine andere Situation. Das beginnt schon bei der Wortwahl. Wir sprechen zu Recht von sozialer Marktwirtschaft und nicht nur von Marktwirtschaft. Wir haben auch eine völlig andere Vorstellung von sozialer Verpflichtung.“<sup>21</sup>

Der Entwurf der Europäischen Verfassung, vorgelegt vom Europäischen Konvent im Juni 2003, bestimmt die ihr eigene Wirtschaftsordnung durch das Spannungsverhältnis von freiem Wettbewerb und sozialer Marktwirtschaft. So heißt es unter der Überschrift „Ziele der Union“ in Absatz 2: „Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen und einen Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb.“ Absatz 3 spezifiziert dies, indem starke soziale Ziele hinzugefügt werden: „Die Union strebt die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums an, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität... Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierung ...“<sup>22</sup>

Bis in die späten achtziger Jahre hinein zehrte die fortschreitende ökonomische Integration von weitgehend funktionsfähigen Sozialstaaten und Demokratien der europäischen Nationalstaaten, in der die wichtigsten sozialen Aufgaben der Interessenverknüpfung von

<sup>20</sup> Die Angaben sind entnommen: Karl-Georg Zinn: USA – Strukturveränderungen und Schlussfolgerungen für Deutschland. In: Göran Therborn/Karl Georg Zinn: Europa & Amerika im 21. Jahrhundert. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2000, S. 50.

<sup>21</sup> Zit. in: Albert, Michel, 2001: Kapitalismus contra Kapitalismus – zehn Jahre danach. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/2001, S. 1460.

<sup>22</sup> Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa. Brüssel, 18. Juli 2003.

Kapital und Arbeit, der sozialen Integration, der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und des Ausbaus der öffentlichen Daseinsvorsorge weitgehend erfolgreich gelöst wurden. Solange die nationalen Ressourcen den Sozialstaat intakt halten konnten, schienen erhöhter Wettbewerb und Marktfreiheit durch ihre wohlfahrtssteigende Wirkung, die man sich versprach, gerechtfertigt. Die Institutionen der Europäischen Union sind dort stark, wo es um die Durchsetzung einer europaweiten Marktordnung geht. Auf diesen Feldern gelingt es der Europäischen Kommission und dem Europäischen Gericht, bindende Entscheidungen zu fällen und auch durchzusetzen. Märkte basieren aber auf funktionsfähigen Sozialordnungen, die sie keinesfalls selbst und automatisch hervorbringen. Ungezügelter Märkte können diese Ordnungen auch zerstören. Der Erfolg bei der ökonomischen Integration Europas kann deshalb die Grundlagen dieses Erfolgs unterminieren und langfristig das Projekt Europa selbst zu Fall bringen.

Wie der deutsche Politikwissenschaftler Fritz W. Scharpf schreibt, so steht die EU im Resultat des Erfolgs ihrer ökonomischen Integration vor folgendem Problem: „Wenn also diesen Zwecken (von Wettbewerb und Marktfreiheit – d. Verf.) im Interesse sozialer, kultureller oder ökologischer Werte irgendwelche Grenzen gesetzt werden sollen, dann können diese jetzt nicht mehr von der nationalen Politik bestimmt werden. Stattdessen greift nun eine ohne rechtliche Stopp-Regel expandierende Interpretation des liberalen europäischen Wirtschafts- und Wettbewerbsrechts in immer stärkerem Maße in Bereiche der staatlichen Daseinsvorsorge und Sozialordnung ein, in denen auf der nationalen Ebene der Marktwettbewerb durch demokratisch legitimierte Gesetze beschränkt oder ausgeschlossen worden war.“<sup>23</sup>

Die verbreitete Vorstellung, der ökonomischen Integration der EU nun die soziale Integration folgen zu lassen und einen vereinheitlichten europäischen Sozialstaat zu schaffen, stößt auf fundamentale Probleme. Spätestens durch die Erweiterung besteht in der EU ein großes wirtschaftliches und soziales Gefälle, das in den nächsten Jahrzehnten bestenfalls gemindert werden kann. Außerdem verfügen gerade die hochentwickelten Mitgliedsländer über stark divergierende Sozialstaatsmodelle, die mittelfristig nicht vereinheitlicht werden können. Das skandinavische, britische oder deutsche Sozialsystem haben verfestigte Interessen und Präferenzen hervorgebracht, die sich einer Europäisierung entziehen.

Im Maße der Entwicklung der EU ist also ein Dilemma entstanden: Die Sicherung von Sozialstaatlichkeit kann national nicht mehr gesichert werden und wird zugleich nicht durch Schaffung eines europäischen Sozialstaats mit gesamteuropäischen sozialen Sicherungssystemen erfolgen können. Die Bearbeitung dieses Dilemmas ist nur auf zwei Wegen vorstellbar – (1) der Abkehr von einer neoliberalen Wirtschaftsstrategie auf europäischer Ebene und (2) der Schaffung der Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit auf den Feldern der Sozialpolitik zwischen ausgewählten Staaten der EU auf freiwilliger Basis.

Mit dem Vertrag von Maastricht und der Strategie von Lissabon vom März 2000 haben sich die Staaten der EU ein neoliberales Modell auferlegt. Das Wirtschaftswachstum krankt an einer stagnierenden Binnennachfrage, die teils aus der konjunkturwidrigen Sanierung der öffentlichen Haushalte mittels Ausgabekürzungen, teils aus einer sinkenden Konsumnachfrage, teils aus der Entlastung der oberen Einkommen erfolgt, die nicht produktiv investiert werden, sondern auf den Finanzmärkten angelegt werden. Die Entscheidungen werden fast ausschließlich aus der bornierten Sicht kurzfristiger Kapitalanlage und der Kostensenkung getroffen. Die Wirtschaftspolitik ist in ihren Voraussetzungen und Konsequenzen unsozial und führt zudem zu wirtschaftlicher Stagnation.

---

<sup>23</sup> Scharpf, Fritz, W., 2003: Was man von einer europäischen Verfassung erwarten und nicht erwarten sollte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1, S. 55.

Während die USA unter Clinton einen Konsumboom hatten, der die Wirtschaft über ein Jahrzehnt ankurbelte und nun unter Bush jr. durch einen Rüstungskeynesianismus einen Ausweg aus der Krise suchen, wurde in Europa der Weg eines volkswirtschaftlich schädlichen Sozial- und Beschäftigungsabbaus eingeschlagen. Wo sowieso keine Kopie der USA-Entwicklung möglich und wünschenswert ist, hätte wenigstens eine Lehre aus dieser Entwicklung gezogen werden können: „Wachstum ist ohne Nachfragesteigerung nicht möglich.“<sup>24</sup>

Zeitgleich mit der Reduktion von Wirtschaftspolitik auf Angebotspolitik wird der Umbau hin zu Börsen- und Wertpapieren als Zentrum der Finanzmärkte eingeschlagen, anstelle auf die stabileren Bank- und Kreditbeziehungen zu setzen. In Umsetzung der Strategie von Lissabon verlangte die Europäische Kommission von Deutschland in ihrem im Juni 2003 bestätigten Entwurf für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003 bis 2005 eine „Modernisierung des sozialen Schutzes“, deren Eckpfeiler (1) ein verstärkter Zwang zur Arbeitsaufnahme durch Absenkung der sozialen Leistungen für Arbeitslose und die Koppelung der Leistungen an die Bereitschaft ist, auch nieder qualifizierte Arbeit aufzunehmen, (2) die höhere regionale und zweigleisige Lohndifferenzierung, (3) der Abbau des Kündigungsschutzes, die (4) Privatisierung von Teilen der Altersvorsorge sowie die „Einführung wirtschaftlicher Anreize für die Erbringer und Empfänger von Gesundheitsleistungen“.<sup>25</sup>

Die europäischen Eliten imitieren die Wirtschaftspolitik der USA in ihrer neoliberalen Rhetorik und übersehen dabei die sozialen und staatlichen Gegentendenzen. Außerdem ignorieren sie die langen historischen Erfahrungen eines europäischen Weges zu Wachstum und Wohlstand. Das dieser Politik zugrunde liegende neoliberale Modell hat sich aber empirisch nicht bestätigt. Deregulation, sinkende öffentliche Ausgaben und Steuern und Unterordnung der Politik unter die Märkte sind keinesfalls zwingende Bedingungen wirtschaftlicher Prosperität. Die Möglichkeiten zur wirtschaftspolitischen und sozialen Steuerung innerhalb der Großregionen und Länder sind keinesfalls geschwunden.<sup>26</sup>

---

<sup>24</sup> Karl-Georg Zinn: USA – Strukturveränderungen und Schlussfolgerungen für Deutschland. In: Göran Therborn/Karl Georg Zinn: Europa & Amerika im 21. Jahrhundert. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2000, S. 47.

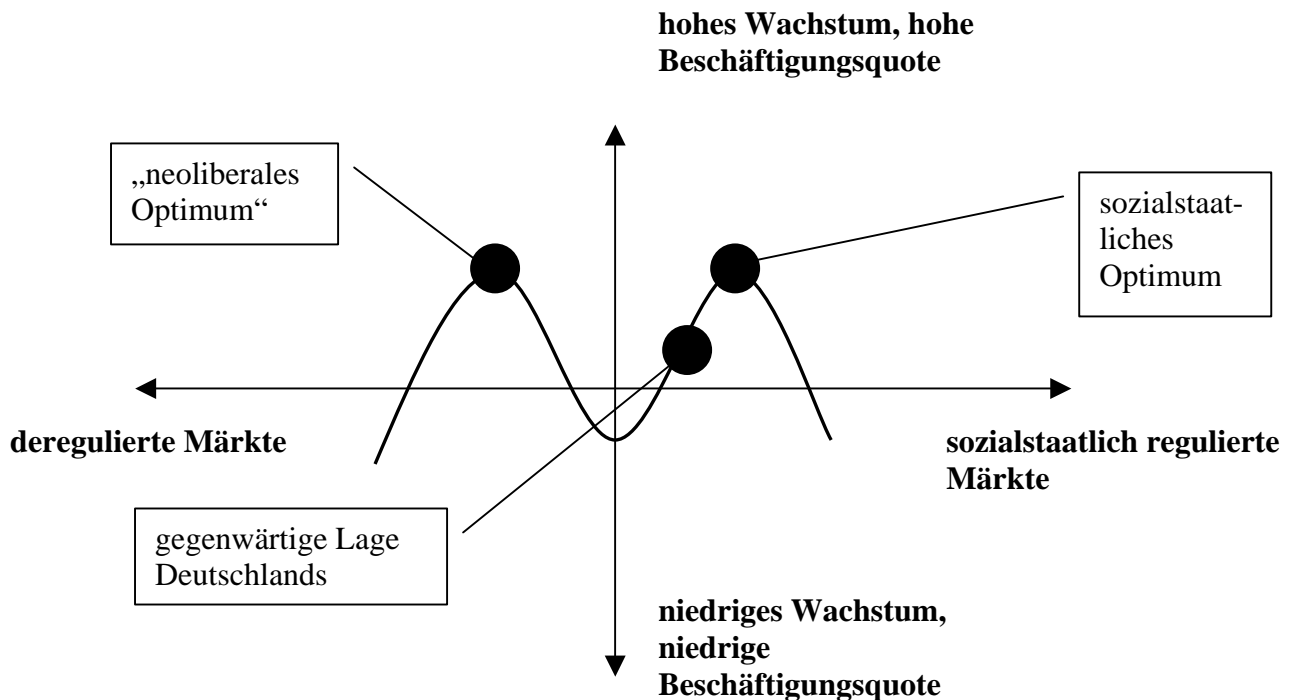
<sup>25</sup> Empfehlung der Kommission für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003 – 2005.  
[http://europa.eu.int/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2003/comm2003\\_170d](http://europa.eu.int/economy_finance/publications/european_economy/2003/comm2003_170d)

<sup>26</sup> Colin Hay resümiert diese empirischen Ergebnisse in den folgenden acht Thesen:

1. Although the period since the 1960s has seen the growing openness of national economies ..., there is still some considerable way to go before pre-World War One figures are likely to be exceeded...
2. There continues to be a positive and, indeed, strengthening relationship between public spending ... and economic openness ...
3. There is no inverse relationship ... between the volume of inward foreign direct investment and levels of corporate taxation, environmental and labour-market regulations, generosity of welfare benefits or state expenditure as a share of gross domestic product ...
4. Trade and international flows of capital ... tend to be extremely concentrated within the core 'triad' (of Europe, North America and Pacific Asia) providing evidence of regionalisation and 'triadisation' but hardly of globalisation ...
5. The pace of economic integration is higher *within* regions (such as Europe, North America or Pacific Asia) than it is *between* regions, suggesting that regionalisation rather than globalisation is the overriding dynamic in the process of international economic integration ...
6. Financial integration has failed to produce the anticipated convergence in interest rates which one would expect from a fully integrated global capital market ...
7. Financial integration has failed to produce the anticipated divergence between rates of domestic savings and rates of domestic investment which one would expect in a fully integrated global capital market ...
8. Though the liberalisation of financial markets has certainly increased the speed, severity and significance of investors' reactions to government policy, capital market participants appear far less discriminating or well-informed in their political risk assessment than is conventionally assumed ... Consequently, policy-makers

Die These des Neoliberalismus ist es, dass ein hohes wirtschaftliches Wachstum – zumindest unter den Bedingungen der Globalisierung – hochgradig deregulierte Märkte, geringe Steuern und öffentliche Ausgaben voraussetzt. Wenn dies aber empirisch falsifiziert ist, dann stellt sich die Frage, warum Auswege aus einer Depression in Europa vornehmlich in dieser Richtung gesucht werden, warum anstelle eines sozial wie wirtschaftlich fragwürdigen neoliberalen Optimums ( $O_{NL}$ ), das zumindest zunächst mit einer sich verschärfenden wirtschaftlichen Depression verbunden sein dürfte, nicht ein sozialstaatliches Optimum ( $O_{SO}$ ) angestrebt wird (siehe Grafik 5).

**Grafik 5: Wirtschaftspolitische Alternativen auf dem Wege zum „Optimum“**



In Europa könnte sich erweisen, dass der Versuch, die neoliberale Wirtschaftspolitik verschärft durchzusetzen, die Depression weiter verstärkt – nicht zuletzt auf Grund des Wegbrechens der Binnennachfrage, da die Mittelschichten aus Angst vor einer weiteren Verschlechterung der Situation ihr Geld anlegen und damit Konsum wie produktiven Investitionen entziehen. In Deutschland wurde durch die bisherigen Rentenreformen das Vertrauen in das öffentlich Rentensystem nachhaltig gestört, so dass es zu einem „Angst-Sparen“ kam, was wesentlich dazu beitrug, dass Deutschland zum Schlusslicht innerhalb der Union beim Wirtschaftswachstum wurde.<sup>27</sup>

---

may retain rather more autonomy than is widely accepted. In particular, there is no evidence in Europe of speculative dynamics in financial markets being unleashed against states pursuing social democratic policies.” Hay, Colin, 2003: Be Wary What You Wish for: ‘Third Way’ Political Economy and the Dangers of Neoliberal Contagion in an Enlarged Europe. Paper prepared for presentation at the conference *Mapping the Left in an Enlarged European Union: Convergence or Divergence*, University of Birmingham, 11-122 September 2003

<sup>27</sup> Die neoliberale Wirtschaftspolitik ignoriert derartige pfadabhängige psychologische Faktoren. In Ländern wie den USA kann eine marktfördernde Politik durchaus zu wachsender Konsumnachfrage führen, da sich die Mittelschichten davon Wachstumseffekte versprechen und auf Kredit konsumieren; in vielen europäischen Ländern wird die gleiche Politik zur Konsumzurückhaltung führen und damit genau jene Probleme verschärfen, die sie doch lösen soll.

Die Fortsetzung dieses Kurses wird die EU dauerhaft in eine depressive Region verwandeln. Es bedarf eines europäischen Selbstbewusstseins, einen eigenständigen Weg von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gehen und die europäische Wirtschaft ausgehend von seinen Vorzügen zu modernisieren und den neuen Bedingungen anzupassen. Elemente eines solchen eigenen Weges wären eine europäische Struktur- und Industriepolitik, verstärkte öffentliche Investitionen, eine expansive Sozialpolitik mit einer Umverteilung zugunsten der unteren und mittleren Gruppen der Gesellschaft, eine stärkere Orientierung der Zentralbank an der Aufgabe, Wachstum und Sozialpolitik zu sichern.<sup>28</sup>

Die Koordination einer grundlegend veränderten wirtschafts- und sozialpolitischen Orientierung der EU durch den Rat und die Kommission ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung der Bewahrung der europäischen Sozialstaatlichkeit. Die europäische Integration muss nicht nur in der Währungs- oder Sicherheitspolitik die Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit ausgewählter Ländern ermöglichen, sondern auch und gerade in der Sozialpolitik. Da gesamteuropäische Lösungen unmöglich sind, eine Einhegung des Wettbewerbs unter sozialen Kriterien aber dringend erforderlich, wenn die Europäische Union ihren sozialen Gehalt für ihre Bürgerinnen und Bürger nicht verlieren soll, bleibt nur die selektive Zusammenarbeit bestimmter Gruppen von Ländern mit hohen Gemeinsamkeiten.<sup>29</sup>

Um das gemeinsame Merkmal der europäischen Länder, ihre Sozialstaatlichkeit, zu bewahren, ist ihre Unterschiedlichkeit nicht zu unterdrücken oder bestenfalls zu dulden, sondern zu befördern. Dies widerspricht dem bisherigen Leitbild einer Integration um ein einziges Zentrum und Modell, wird sich langfristig aber als einzige Möglichkeit der Bewahrung der Europäische Union selbst erweisen. Die gesamteuropäischen institutionellen Lösungen müssen positiv auf die Bewahrung von Sozialstaatlichkeit durch die Förderung der Zusammenarbeit ausgewählter Länder gerichtet sein und dem freien Wettbewerb dort Grenzen auferlegen, wo es um aktive Arbeitsmarktpolitik, öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherung geht.

Die Europäische Union steht vor der Alternative, wirtschafts- und sozialpolitisch eine schlechtere Variante der USA zu werden, ihre eigenen Wettbewerbsvorteile aufzugeben, ohne fähig zu sein, sich neue Vorteile wirksam anzueignen, oder aber ihre Institutionen und Strategien so umzubauen, dass die Ziele einer effizienten Wirtschaft, sozialer Integration und Sozialstaatlichkeit sowie einer sozialen Demokratie gemeinsam erreicht werden können. In dem Maße, wie die Europäische Union beweisen würde, dass eine solche Einheit von erfolgreicher Wirtschaft, Sozialstaatlichkeit und Demokratie möglich ist, würde sie einen wesentlichen Beitrag zu einer sozial verantwortlichen Weltwirtschaft leisten. Sie könnte dies aber nur, wenn sie diese Politik nach innen mit einer entsprechenden Politik zu anderen

---

<sup>28</sup> Vgl. dazu u. a.: Jörg Huffschild: Japanisierung der Weltwirtschaft? In: Sozialismus 12/2002, S. 15. Dies könnte, wie der bekannte französische Historiker und Demograph Emmanuel Todd meint, auch machtpolitisch gegenüber den USA sinnvoll sein: „Die Europäer sollten jetzt eine Wirtschaftspolitik betreiben, die den Konsum ankurbelt. An dem Tag, an dem sie das tun, wird sich das Gravitationszentrum der Macht nach Europa verlagern.“ Emmanuel Todd: Europas Machtergreifung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Mai 2003, S. 33.

<sup>29</sup> Würden die Regeln für die verstärkte Zusammenarbeit gelockert, so Fritz W. Scharpf, dann könnten „die skandinavischen Sozialstaaten gemeinsame *europäische* Regeln dafür festlegen, in welchem Maße und in welchen Grenzen ihre bisher in staatlicher oder kommunaler Regie erbrachten sozialen Dienste für private Wettbewerber geöffnet werden sollten. Das gleiche gälte für die kontinentalen Sozialstaaten, deren Bemühungen um höhere Beschäftigungsquoten in den lokalen Dienstleistungen oder um Sanierung ihrer Gesundheitssysteme nicht auch noch durch europäische Wettbewerbsregeln behindert werden sollten, die sich ausschließlich an Kriterien des idealen Marktes orientieren. Ebenso könnten die Beitrittsländer europäische Regeln definieren, die ihre Integration in den Binnenmarkt vor den Schocks schützen, welche die ostdeutsche Wirtschaft ruiniert haben.“ Fritz W. Scharpf, a. a. O., S. 59.

Regionen der Welt und in den Verhandlungen der WTO verbinden würde, die den sozialen Zusammenhalt und demokratische Regierbarkeit anderer Länder höher als die Freiheit des Handels bewertet.

## **(2) Die europäische Integration: Föderation der Nationalstaaten und Europäische Föderation**

Die Europäische Union ist dabei, ein völlig neues Integrationsmodell herauszubilden, dass sich jenseits von *Empire* und Nationalstaat entwickelt. In der schon zitierten Rede von 1956 hatte Churchill beton: „Die Struktur der Vereinigten Staaten von Europa ... muss so sein, dass die materielle Stärke eines einzelnen Staates von weniger großer Bedeutung ist. Kleine Nationen zählen ebensoviel wie große und erwerben sich ihre Ehre durch ihren Beitrag zu der gemeinsamen Sache. (...) Es muss unser ständiges Ziel sein, die Stärke der UNO aufzubauen und zu festigen. Im Rahmen dieses die Welt umfassenden Plans müssen wir die europäische Familie in einer regionalen Struktur neu schaffen, die vielleicht die Vereinigten Staaten von Europa heißen wird.“<sup>30</sup> Die europäische Integration wurde von ihrem Beginn an komplementär zur Vereinigung der Staaten und Völker im Rahmen der Vereinten Nationen gedacht.

Beginnend mit der Montanunion wurde nach dem II. Weltkrieg ein Weg eingeschlagen, der durch die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums Kriege um die Eroberung fremder Wirtschaftsräume unmöglich machen sollte. Dieser einheitliche Raum der Wirtschaft wurde schrittweise auch als ein gemeinsamer Raum grundlegender Rechte der Bürgerinnen und Bürger ausgebaut, deren Durchsetzung auch institutionell gesichert wird. In der Präambel der Grundrechte der Europäischen Union, die in den Verfassungsentwurf aufgenommen wurden, heißt es dazu: „In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt den Mensch in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.“<sup>31</sup>

Die sukzessive Ausdehnung der Europäischen Union auf immer neue Länder ist gleichermaßen der wirtschaftlichen Anziehungskraft des Integrationszentrums wie den hohen zivilisatorischen und demokratischen Standards zu verdanken, die die EU an ihre Mitgliedsländer anlegt. Sie stellt sich so als Garant von Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand dar, auch wenn sie in Gefahr ist, aufgrund wirtschaftlicher Probleme diesen Erwartungen nicht mehr wirklich gerecht zu werden.

Die Eröffnung der Perspektive des Beitritts zur EU hat sich für viele Länder als wichtigste Voraussetzung einer stabilen Entwicklung erwiesen. Die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien sowie der Stabilitätspakt mit dem Balkan waren und sind auch und vor allem Strategien der Vorbeugung bzw. Zivilisierung gefährlicher Konflikte.<sup>32</sup> Die Ausdehnung der Europäischen Union ist der wichtigste Beitrag zur Schaffung einer Zone der Stabilität, Sicherheit, der Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit sowie des Schutzes fundamentaler Menschenrechte in Europa. Wie der ungarische Schriftsteller György Konrad in der Zurückweisung der Ideen eines Klein- oder Kerneuropas meint: „Das ursprüngliche Konzept einer voranschreitenden europäischen Integration im Zeichen des Respekts vor den

---

<sup>30</sup> A. a. O., S. 4.

<sup>31</sup> A. a. O.

<sup>32</sup> Czempiel, Ernst-Otto, 2000: Nicht von gleich zu gleich? Die USA und die Europäische Union. In: Merkur, Heft 617/618, S. 911.

Menschenrechten und dem Pluralismus ist eine bessere Idee.“ Dieses Groß-Europa verfolge „die Strategie, Zahl und Bedeutung der trennenden Grenzen zu vermindern“<sup>33</sup>.

Schon jetzt wird über die absehbaren Beitrittskandidaten hinaus eine Politik der „guten Nachbarschaft“ mit den „neuen Nachbarn“ der EU, der Ukraine, Belorussland, Moldova und Russland, entwickelt sowie gegenüber den Anrainerstaaten des Mittelmeers praktiziert. Angesichts der Schwäche alternativer Integrationszentren im Umfeld der EU (Russland in gewisser Hinsicht ausgenommen), stellt sich damit die Frage nach einer weiteren Ausdehnung der Europäischen Union.

Die EU hat vier wesentliche Kriterien für einen Beitritt formuliert – lebendige Demokratie, funktionsfähige Marktwirtschaft und die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Fähigkeit der EU, diese Aufnahme zu verkraften. Ein wesentliches Kriterium wurde vergessen – die Interessen der Mitgliedsstaaten, soweit es nicht im vierten Kriterium „versteckt“ wurde. Das wichtigste Interesse der gesamten Erweiterung der EU nach dem Beitritt von Österreich, Finnlands und Schwedens im Jahre 1994 ist fast ausschließlich sicherheitspolitischer Natur. Den hohen Kosten und Risiken einer Erweiterung stehen vor allem Gewinne bei der Stabilität in Europa gegenüber. Diese Gewinne sind zugleich langfristige ökonomische Chancen, denn nichts ist so teuer wie Kriege, wie die USA gerade im Irak erfahren.

Es gehört zu den größten Schwächen der Europäischen Union, fast unfähig zu sein, ihre sicherheitspolitische Tagesordnung selbst zu bestimmen. So meint der deutsche Verteidigungsminister Struck, Deutschland müsse am Hindukusch, d.h. in Afghanistan verteidigt werden, und die Ablehnung des US-amerikanischen Krieges hat die gesamte EU vor eine langfristige Belastungsprobe gestellt und fast die gesamte politische Aufmerksamkeit absorbiert. Gleichzeitig war die EU unfähig, eine eigenständige aktive Politik dort zu betreiben, wo schon gegenwärtig bzw. in naher Zukunft ihre Sicherheitsinteressen direkt bedroht sind bzw. werden – im Nahost-Konflikt zwischen Israel und Palästina sowie im Kaukasus.

Die EU sollte mit Blick auf die kommenden beiden Jahrzehnte klar stellen, ob sie das Mittelmeer und das Schwarze Meer in europäische Binnenseen verwandeln will oder nicht. Dies würde die Eröffnung einer Beitrittsperspektive für solche Staaten wie Israel und Palästina einschließen, vorausgesetzt, sie legen ihren Konflikt bei und erfüllen die oben genannten Kriterien. Eine solche Beitrittsperspektive könnte auch für Georgien oder Armenien entstehen, um sie dem Sog des Staatenzerfalls und der bewaffneten Konflikte zu entziehen. Spätestens dann hätte die EU fast die gesamten Gebiete des antiken Römischen Reiches, von Byzanz und des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation „eingemeindet“. Dies stellt zweifelsohne eine Überdehnung der Europäischen Union in ihrem bisherigen Verständnis dar. Eine solche Perspektive ist aber deshalb nicht von der Hand zu weisen, weil andere starke Integrationszentren im europäisch-arabischen Raum fehlen. Selbst das europäische Russland wird wirtschaftspolitisch mit hoher Wahrscheinlichkeit Teil eines gesamteuropäischen und europäisch-arabischen Raums unter Dominanz der EU-Kernstaaten.

Die eigentliche sicherheitspolitische Aufgabe der Europäischen Union besteht nicht im Aufbau globaler Interventionskraft vergleichbar der der USA. Ihre Interessen liegen vor allem in der Pazifizierung und Zivilisierung der Konflikte in ihrem eigenen Umfeld – im Raum des Mittelmeers, des Nahen Ostens, des östlichen Europas und des Kaukasus. Ihr wichtigstes Mittel dazu ist die wirtschaftliche, politische und soziale Anziehungskraft der EU selbst, ist die Perspektive auf gleiche Teilhabe an der EU. Dies macht die EU zu einer *soft power* mit ungewöhnlich starker zivilisatorischer Macht mit hoher Anziehungskraft. Vom Standpunkt

---

<sup>33</sup> György Konrad: Groß oder klein? Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Juli 2003, S. 7.

derer, die in den Gravitationsraum der EU gezogen werden, kann dies auch als „sanfter Imperialismus“ erscheinen. Aber da die Aufnahme in die EU weiteren Staaten und auch ihren Bürgerinnen und Bürgern direkte Mitspracherechte gibt, ist sie auf jeden Fall dem harten Imperialismus bloßer ökonomischer Abhängigkeit vorzuziehen. Solange die EU stark ist, wird ihre Schließung gegenüber der Aufnahme weiterer neuer Nachbarn außerordentlich schwierig sein, da dies im Widerspruch zu den Prinzipien der EU selbst steht. Der Verweis auf geographische Grenzen wird ihr wenig helfen.

Der EU liegt historisch anders als vielen anderen Staatenbündnissen neben dem Prinzip der Freiwilligkeit auch das der Gleichheit zugrunde, wie es im alten Kern der Gemeinschaft durch das Verhältnis von Frankreich und Deutschland repräsentiert wird und sich auch auf die kleineren Staaten erstreckt. Die EU basiert auf dem Prinzip der Freiheit in der Gleichheit. Sie ist immer mehr als ein Staatenbündnis gewesen, wenn auch stets weniger als ein Staat. Sie verbindet die Prinzipien von Staatenbund und Bundesstaat. Spätestens durch die Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger, sich an jedem Ort der EU beruflich niederzulassen bzw. Arbeit zu suchen<sup>34</sup>, hat der Gemeinsame Markt eine politische und soziale Dimension erhalten, die mit der Verkündung von Grundrechten, einer „Unionsbürgerschaft“ sowie eines durch alle Bürgerinnen und Bürger der EU direkt anrufbaren Gerichtshof sowie die Möglichkeit EU-übergreifender Bürgerbegehren, wie sie der Verfassungsentwurf enthält, weiter ausgestaltet werden.

Seit Anfang der neunziger Jahre ist der Widerspruch zwischen „Vertiefung“ und „Erweiterung“ der Europäische Union zu einem Gemeinplatz der politischen Rhetorik geworden. Immer wieder wurde ein Gleichklang gefordert, der implizit davon ausging, dass das ursprüngliche Projekt einer „kleineuropäischen Lösung“<sup>35</sup> auch nach dem Ende des Kalten Krieges aufrecht erhalten werden kann. Dies aber ist eine Illusion. Die Europäische Union konnte sich aufgrund ihrer inneren Grundprinzipien nicht einer großen Erweiterung entziehen<sup>36</sup> und sie war daran spätestens nach Beginn des Krieges im ehemaligen Jugoslawien auch aufgrund sicherheitspolitischer Erwägungen interessiert. Als Raum des Friedens nach innen, der Sicherung grundlegender Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, des Versuchs einer sozial verantwortlichen Koordination von Wirtschaftspolitik – bisher ein großes Manko der EU –, erscheint die EU, so Emmanuel Todd, „wie eine kleine UNO, in der die Art, wie man zukünftig Konflikte bewältigen muss, geprobt wird“<sup>37</sup>.

Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger der jetzigen Mitgliedesstaaten sind vor allem Sicherheit vor Kriminalität, Eindämmung der Migration, soziale Sicherheit und stabile wirtschaftliche Entwicklung. Sie wollen keinen Superstaat, sondern mehr Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben, sie wollen weniger Regeln und mehr Transparenz, Effizienz und Beeinflussbarkeit; sie wollen mehr Demokratie und stärkere Integration sowie Bürgernähe.<sup>38</sup> Die Bürgerinnen und Bürger der Beitrittsländer, soweit sie überhaupt positive Erwartungen an die EU haben, erwarten vor allem wirtschaftlichen Aufschwung, höhere persönliche Freizügigkeit und Sicherheit.

---

<sup>34</sup> Völlig anders als die von den USA dominierte Freihandelszone mit Kanada und Mexiko, die auf Südamerika ausgedehnt werden soll.

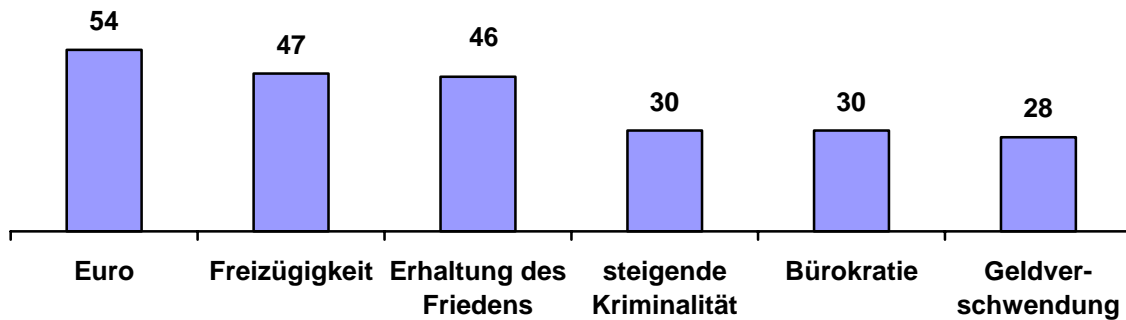
<sup>35</sup> Ein Projekt, dass man mit der Vereinigung Deutschlands unter Führung Preußens und Ausschluss Österreichs – der sog. „kleindeutschen Lösung“ – verglichen werden kann.

<sup>36</sup> Man muss sich dessen bewusst sein, dass die Beitrittskandidaten schon längst in das wirtschaftliche Orbit der EU gefallen waren, so dass vom Standpunkt bloßer ökonomischer Interessen die Aufnahme dieser Länder keinesfalls zwingend war und ist.

<sup>37</sup> Emmanuel Todd, a. a. O.

<sup>38</sup> Nase, Henning, 2003: Der Konvent zur Verfassung der Europäische Union. Ms. S. 8 f.

**Grafik 6: Positive und negative Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber der EU (in Prozent der Befragten)**



Angaben entnommen: Nase, Henning; Roesler, Jörg; Winkler, Gunnar, 2003: *Das Europa der Bürgerinnen. Die Europäische Union im Alltag*. Hamburg: VSA, S. 17.

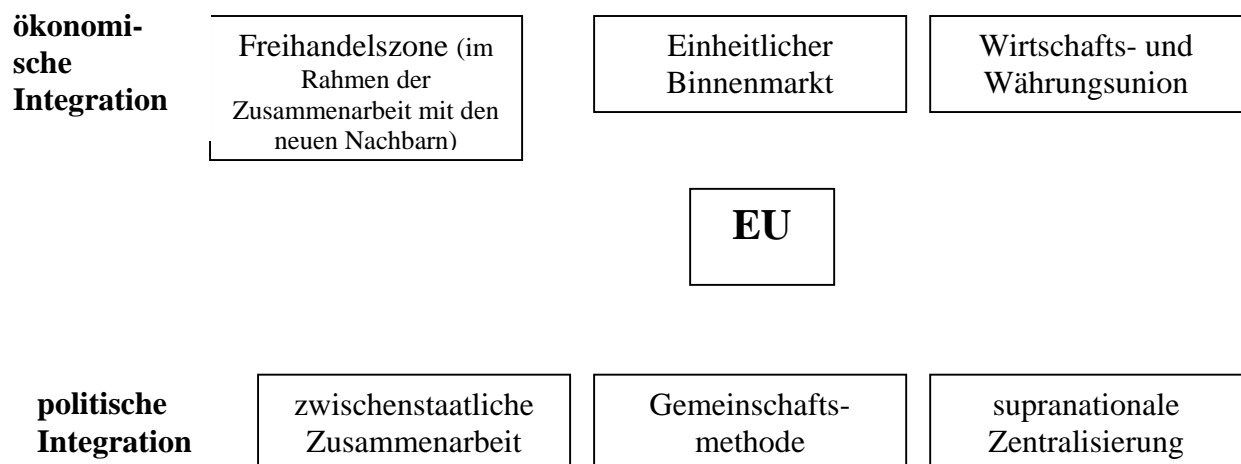
Die neuen Aufgaben, die mit der Erweiterung verbunden sind, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger dieser erweiterten Union und die begrenzten Ressourcen der Union in einer Phase wirtschaftlicher Stagnation lassen die schnelle Verwandlung der EU in eine enge Föderation weder wahrscheinlich noch wünschenswert erscheinen lassen. Eine Überforderung durch eine weitere beschleunigte Vereinheitlichung würde die Union sprengen, da sie die sozialen und politischen Ziele vieler Staaten der erweiterten Union sowie ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht berücksichtigen würde.<sup>39</sup>

Es sind verschiedene Wege der Integration möglich – die der Integration durch die Kraft der Märkte (vor allem durch Herstellung eines gemeinsamen Binnenmarkts in immer weiteren Bereichen), (die funktionelle Integration auf bestimmten Sektoren (so begann die Union als Montanunion) sowie als Politikintegration (Formulierung gemeinsamer Ziele, Etablierung von Institutionen zur Durchsetzung dieser Ziele). Der EU stehen dabei vor allem dabei drei Formen der Koordination zur Verfügung: (1) Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit (intergouvernementaler Modus), bei dem die Regierungen über Verträge Einstimmigkeit erzielen. Dies war und ist bisher die Grundform der Zusammenarbeit. Sie erlaubt und erzwingt die starke Berücksichtigung der nationalen Interessen, und es wird jeweils nur so viel Zuständigkeit delegiert, wie im Interesse der Durchsetzung eigener Interessen sinnvoll erscheint. (2) Die Gemeinschaftsmethode: Sie ist durch Politikverflechtung gekennzeichnet, Kommission und Parlament sind neben den nationalen Akteuren wirksam und versuchen, sehr differenzierte Lösungswege für konkrete Probleme zu finden. (3) Die supranationale Zentralisierung. Zu ihren Institutionen gehören die Europäische Zentralbank und der Europäische Gerichtshof. In diesem Falle verzichten die Regierungen weitgehend auf eigenes Mitwirken, um diese Institutionen vor nationalen Interessen zu schützen<sup>40</sup> (Grafik 6).

<sup>39</sup> Die Europäische Union sollte immer das Schicksal des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation vor Augen haben, dass realiter im Großen Dreißigjährigen Krieg unterging, auch wenn es formal noch bis ins 19. Jahrhundert existierte.

<sup>40</sup> Scharpf, Fritz, W., 2003: Was man von einer europäischen Verfassung erwarten und nicht erwarten sollte. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 1, S. 50 ff.

## Grafik 7: Formen wirtschaftlicher und politischer Integration<sup>41</sup>



Immer noch herrscht eine Vorstellung vor, die die Entwicklung der Europäischen Union nur in Richtung einer immer weiteren ökonomischen Integration und hin zu einer supranationalen Zentralisierung in Form eines demokratischen Bundesstaates wie dem der USA sehen. So formulieren Jacques Derrida und Jürgen Habermas: „Einstweilen sind wohl nur die kerneuropäischen Mitgliedsstaaten bereit, der EU gewisse staatliche Qualitäten zu verleihen. Was tun, wenn sich nur diese Länder auf eine Definition ‚eigener Interessen‘ einigen können? Wenn Europa nicht auseinanderfallen soll, müssen diese Länder jetzt von dem in Nizza beschlossenen Mechanismus der ‚verstärkten Zusammenarbeit‘ Gebrauch machen, um in einem ‚Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‘ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen. Davon wird eine Sogwirkung ausgehen... Vorangehen heißt nicht ausschließen.“<sup>42</sup>

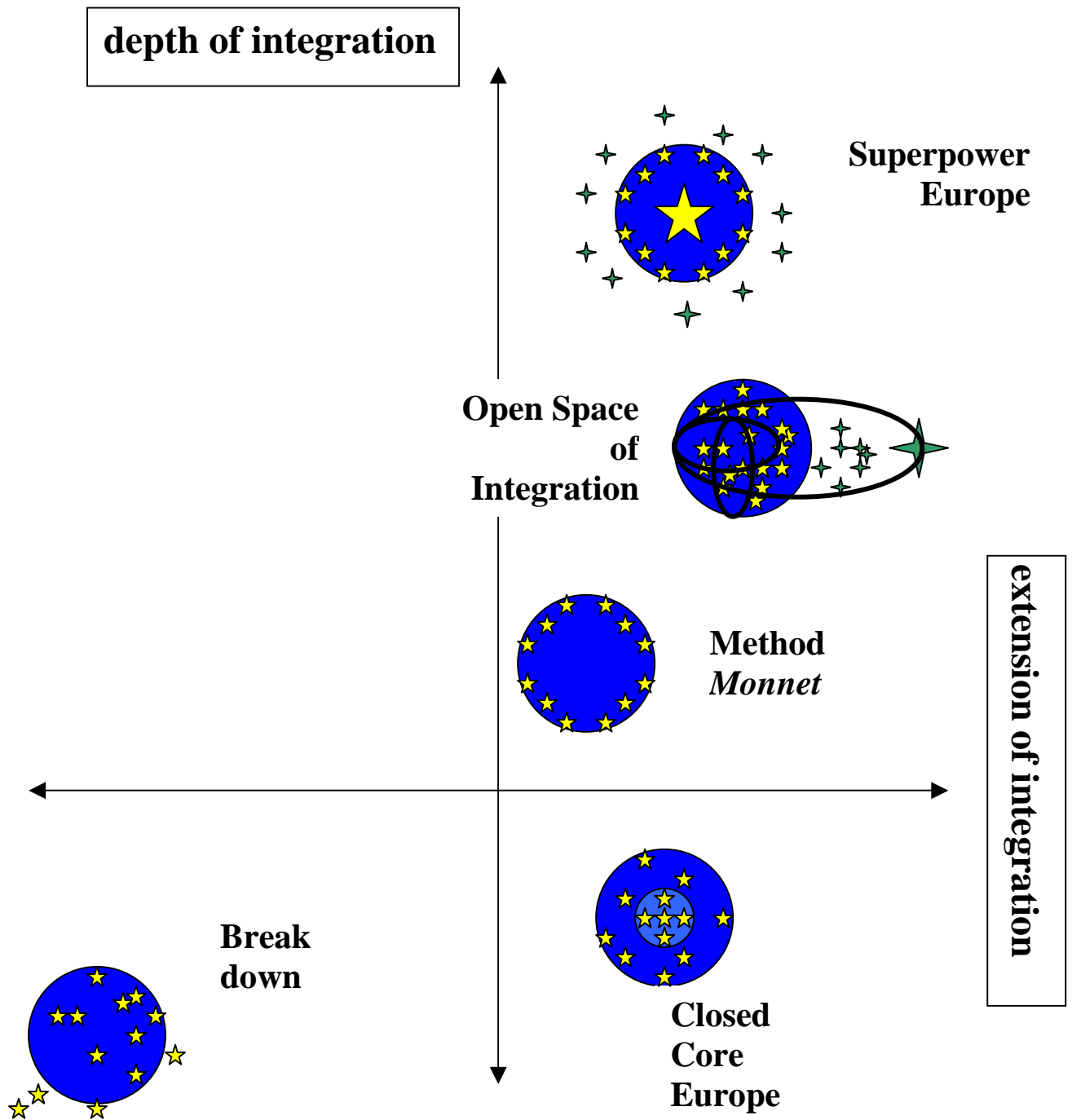
Es könnte sich aber als richtig erweisen, dass die Zukunft der Europäischen Union nur als Doppelprozess von Erweiterung *und* selektiver Integration mit *verschiedenen Integrationszentren* begreifbar sein wird. Es wäre ein Prozess, in dem zugleich gemeinsame Grundqualitäten der bisherigen EU auf weitere Länder ausgedehnt werden *und* sehr variable Möglichkeiten der „verstärkten Zusammenarbeit“ zwischen Gruppen von Ländern der EU (und der neuen Nachbarn) zur Lösung konkreter Probleme im gemeinsamen Interesse geschaffen werden. Dazu müssten die relativ hohen Hürden, die für eine solche verstärkte Zusammenarbeit im Verfassungsentwurf des Konvents geschaffen wurden, gesenkt werden. Gleichzeitig wäre die Macht zwischen den großen und kleinen Staaten der EU anders auszubalancieren, als dies der Verfassungsentwurf vorsieht, da sonst Grundprinzipien der Gleichheit der Staaten zu sehr eingeschränkt und Möglichkeiten innovativer Suche vornehmlich den Interessen der großen Staaten untergeordnet werden.<sup>43</sup>

<sup>41</sup> Vgl. dazu auch: Hans-Wolfgang Platzer: Lernprozess Europa. Die EG und die neue europäische Ordnung. Eine Einführung. FES. Bonn: Dietz 1992, S. 36.

<sup>42</sup> Derrida, Jacques; Habermas, Jürgen, 2003: Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Mai 2003, S. 33.

<sup>43</sup> Das Wiener Institut für Höhere Studien hat die vorliegenden Vorschläge des Konvents analysiert: Bewertet man das Machtgefälle auf einer Skala zwischen Gleichheit der Staaten (Null) und Fairness (Berücksichtigung des Bevölkerungsanteil, 100), so liegt die jetzige Gewichtung liegt bei 43 Punkten, entsprechend dem Beschluss von Nizza (Einführung 2004) steigt sie auf 57; der Vorschlag der doppelten Mehrheit des Verfassungsentwurfs (es müssen sich mehr als die Hälfte der Mitgliedsstaaten einigen, die einen Anteil von mindestens 60 Prozent der Gesamtbevölkerung der Union vertreten) verändert sich das Machtgefälle auf 82 Punkte: damit können drei

Grafik 8: Alternative Szenarien<sup>44</sup>



große Staaten alles blockieren. Vgl.: Seiser, Michaela, 2003: Strittige Machtverteilung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. August 2003, S. 10.

<sup>44</sup> Modifiziert nach: Europas Zukunft - Fünf EU-Szenarien. C·A·P Working Paper, München 05/2003. Von Franco Algieri, Janis A. Emmanouilidis, Roman Maruhn

Um den neuen Herausforderungen zu begegnen, müsste vor allem das Leitbild einer Entwicklung hin zu einem „Bundesstaat“ Europa, wie es vor allem in Deutschland verbreitet ist und auch von der europäischen Bürokratie getragen wird, durch das flexible Leitbild eines offenen Europas der Nationen und Bürger mit beträchtlicher innerer Pluralität der Kooperations- und Integrationsformen abgelöst werden (siehe vorhergehende Grafik: Europa als offener Integrationsraum). Denn es bleibt dabei: „Der Erfolg einer europäischen Verfassung (wie überhaupt aller europäischen Zusammenarbeit – d. Verf.) jedenfalls wird auch künftig weder an der Eleganz ihrer institutionellen Architektur und der Stärke des Europäischen Parlaments noch an der Einheitlichkeit des europäischen Rechts gemessen werden, sondern vor allem daran, ob sie die europäische Politik besser als bisher dazu befähigt, den Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung der auf nationaler Ebene nicht mehr lösbaren Probleme zu helfen.“<sup>45</sup>

Die Europäische Union kann sich auch weiterhin als beispielhafte Form der Entwicklung regionaler Zusammenarbeit innerhalb einer globalen Welt erweisen. Dabei muss sie neue Wege beschreiten, die jenseits der überkommenen Vorstellungen der Nachkriegszeit liegen. Sie wird sich vor allem an den Interessen und Nöten der Völker Europas orientieren müssen und hat zugleich einen Beitrag zur Lösung der globalen sozialen, ökologischen, kulturellen und Sicherheitsprobleme zu leisten. Dazu wird sie ihren Einsatz für eine neue Weltordnung erhöhen müssen.

### ***(3) Der europäische Beitrag zu einer neuen Weltordnung: Kooperative Gleichgewichte, Völkerrecht, Konfliktvorbeugung***

Die Europäische Union ist eines der wichtigsten Zentren der Welt. Mit gegenwärtig sieben Prozent der Weltbevölkerung vereinigt sie 23 Prozent der Weltwirtschaftsleistung, 20 Prozent des Weltexports (ohne EU-Binnenhandel) und 32 Prozent der Welternährungsreserven auf sich. Die EU tätigt über 50 Prozent der Weltentwicklungshilfe. Sie hat mehr Soldaten unter Waffen als die USA und gibt rd. halb so viel wie diese für Rüstung aus, auch wenn die Effizienz dieser Rüstung bei höchstens einem Zehntel der USA liegen soll. Sie ist ein hochpotenter Konkurrent der USA insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft (Grafik 7). Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist in der jetzigen EU faktisch auf gleichem Niveau und das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt fast dreifach so hoch wie das Japans. Es liegt gegenwärtig noch fast zehnmal höher als das der VR China, wobei das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner sogar vierzig mal höher ist.

---

<sup>45</sup> Scharpf, a. a. O., S. 59.

## Grafik 8: Die USA und die EU nach der Erweiterung 2004 im Vergleich<sup>46</sup>



USA



EU

<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	11 188 Mrd. Euro	11 076 Mrd. Euro
<b>Bruttoinlandsprodukt je Einwohner</b>	38 877 Euro	24 559 Euro
<b>Welthandel: Exportanteil</b>	15,4 Prozent	20,1 Prozent
<b>Welthandel: Importanteil</b>	23,5 Prozent	19,9 Prozent
<b>Einwohner</b>	290 Millionen	451 Millionen
<b>Militärausgaben</b>	357 Mrd. Euro	179 Mrd. Euro

Die Europäische Union wird neben den USA, Japan, China und Indien sowie eventuell bestimmten Ländergruppen in Lateinamerika<sup>47</sup> zu den vier oder fünf wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Zentren der Welt gehören. Anders als die USA verfügt sie über keine globale Militärmacht und wird wirtschaftlich langfristig relativ gleichwertig mit den genannten Ländern/Ländergruppen stehen. Sie hat weder die Ressourcen noch die Fähigkeiten, eine globale Hegemonie zu beanspruchen.

Wie auch für andere Großregionen besteht das Hauptinteresse der EU in einer globalen Welt in der Minimierung von sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und ökologischen Risiken sowie der Schaffung möglichst günstiger Rahmenbedingungen für die eigene Entwicklung. Sie ist nur insofern bereit, eine Hegemonie der USA hinzunehmen, soweit diese zur Erreichung dieser Ziele unverzichtbar zu sein scheint. Die Hegemonie der USA steht langfristig im Widerspruch zu der Fähigkeit der selbstbewussten Interessenrealisierung der EU. Dies wird mittlerweile auch sehr offen durch die Europäer selbst anerkannt. So heißt es in einem vom Europäischen Parlament am 10. April 2003 mit großer Mehrheit bestätigten Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der mehr militärischen Anstrengungen verlangt in bisher nicht gehörter Klarheit: „Wenn diese Bereitschaft fehlt, wenn es die Regierungen der Mitgliedsstaaten weiterhin den Amerikanern überlassen, eventuelle Kriege zu führen und sich lediglich mit Fragen des Friedens befassen, dann muss sich die Union wohl damit abfinden, dass sie die Rolle der Athener im alten Rom spielt: Dies hieße letzten Endes hinzunehmen, dass man sich dem Willen eines neuen Reiches unterordnet.“<sup>48</sup>

Die Europäische Union wird – wenn sie im wohlverstandenen Eigeninteresse handelt – den Doppelweg von Kooperation mit den USA auf den oben genannten Feldern *und* der Zurückdrängung der Vorherrschaft der USA wählen. Dazu muss sie (1) auf eine Stärkung nichtmilitärischer Formen der Vorbeugung und Lösung von Konflikten, (2) den Ausbau regionaler Fähigkeiten, dies zu tun und (3) das höhere Gewicht wirksamer multilateraler

<sup>46</sup> Nach: Spiegel, Nr. 2/2003, S. 95.

<sup>47</sup> An diesem Punkt kann nicht auf den Versuch der USA eingegangen werden, den ganzen amerikanischen Kontinent unter der eigenen Kontrolle wirtschaftlich-politisch zu integrieren (NAFTA, ALCA, Plan Pueblo Panama, Plan Colombia usw.).

<sup>48</sup> Schöllgen, Gregor, 2003: Das Ende der transatlantischen Epoche. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. August 2003, S. 6.

Formen der Zusammenarbeit hinarbeiten. Die EU steht nicht vor dem Problem der Wahrung der eigenen Vorherrschaft. Dies ist eine „Spezialität dominierender Weltmächte“<sup>49</sup>.

Das Interesse der Europäischen Union an der Zurückdrängung der Hegemonie der USA wird aber auf absehbare Zeit durchaus mit dem Versuch der Europäer verbunden bleiben, das besondere transatlantische Verhältnis in modifizierter Form zu bewahren, *und* zugleich die Beziehungen zu den Regionalmächten zu stärken. Bisher zumindest ist die Gemeinschaft der Werte und Interessen zwischen USA und EU noch stärker als die mit jedem anderen Machtzentrum in der globalen Welt. Die Befreiung aus der Unterordnung unter die USA kann und wird deshalb nur eine sehr langfristige sein, da die neue gleichberechtigte Grundlage der transatlantischen Beziehungen nur allmählich entstehen wird.

Wie die Erweiterung der EU zeigt, gibt es nichtmilitärische Formen der Vorbeugung bzw. Lösung von Konflikten. Zudem war es zugleich die mangelnde Bereitschaft der EU, sich regional wirksam zu engagieren, die die Eskalation des Konflikts in Jugoslawien und die Intervention der USA auf dem Balkan erst möglich machten. Auch ist klar, dass der Konflikt Israel – Palästina jener Konflikt ist, der vor allem den Frieden für Europa bedroht. Solange es keinen autonomen Staat der Palästinenser gibt, der sich in regionaler Kooperation entwickeln kann, wird dieser Konflikt in den Augen der südlichen und südöstlichen Nachbarn der EU, der arabischen Welt, das unerträgliche Beispiel der Unterdrückung der Araber durch Europäer sein.

Durch die Erweiterung der EU (einschließlich der Perspektiven für die Türkei und den Balkan) ist fast der gesamte europäische Kontinent mit Ausnahme der slawischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Kasachstans und des Kaukasus auf dem Wege zu einer Zone weitgehender sicherheitspolitischer Stabilität. Insbesondere auf dem Balkan bedarf es dazu eines fortdauernden Engagements der EU, das mit klaren Beitrittsperspektiven verbunden bleiben muss. Die EU sollte sich dafür einsetzen, dass andere Formen regionaler Kooperation in der Welt ähnliche Wirkung entfalten. Sie sollte auch daran mitwirken, regionale Sicherheitskooperation zu fördern, um globale Interventionen der USA – soweit sie mit tatsächlichen globalen Sicherheitsproblemen oder Menschenrechtsverletzungen, die Völkermord gleichkommen, verbunden sind – überflüssig zu machen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der EU und ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte es sein, bei den USA und den regionalen Großmächten dafür zu werben, sich selbst durch Regeln zu binden, die dem Völkerrecht entsprechen, und zum Handeln zu verpflichten, wenn dieses verletzt und die internationale Sicherheit bzw. die Wahrung grundlegender Menschenrechte bedroht sind.<sup>50</sup> Der jetzige Unilateralismus der USA ist *auch* dem Umstand geschuldet, dass die Völkergemeinschaft in einer Reihe von Fällen nicht fähig war, gemeinsam und rechtzeitig derartige Probleme anzugehen. Die militärischen Aktionen der USA und ihrer „Koalitionen der Willigen“ im Nahen und Mittleren Osten oder in Lateinamerika zeigen aber auch, wie wenig durch ein solches Vorgehen erreicht wird, wenn dabei das Völkerrecht massiv verletzt wird. Zugleich bleiben gefährliche Großkonflikte unbeachtet, weil ihre Lösung außerhalb der Interessen der USA liegt oder diesen Interessen sogar entgegen steht. Die Vormacht der USA birgt durchaus starke Sicherheitsrisiken in sich und ist nicht zuletzt eine Quelle der neuen konventionellen, hochtechnologischen und auch atomaren Hochrüstung.

---

<sup>49</sup> Bender, Peter, 2000: Das Amerikanische und das Römische Imperium. In: Merkur, Heft 617/618, S.897.

<sup>50</sup> Es muss daran erinnert werden, dass es die USA war, die während und kurz nach dem II. Weltkrieg besonders intensiv am Aufbau internationaler Institutionen und des Völkerrechts gearbeitet haben. Vgl.: Kupchan, Charles A., 2003: „Die USA brauchen Europa“. Konturen einer künftigen Partnerschaft. Gespräch mit den „Blättern“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2003, S. 681.

In den Kreisen der US-amerikanischen Eliten herrscht die Vorstellung vor, dass die USA sich in einer „anarchischen Welt“ fast ausschließlich auf die eigene Macht verlassen müsse, um Sicherheit und Wohlstand zu schaffen. Die europäische Idee einer Ordnung, begründet auf dem Völkerrecht, eine Ordnung im Sinne Immanuel Kants, habe nur unter dem „Schirm amerikanischer Macht“ gedeihen können, die unilateral Ordnung schaffe, um dem Hobbesschen Krieg aller gegen alle zu widerstehen (Robert Kagan<sup>51</sup>). Da, wie schon Aristoteles wusste, „Gesetzgebung nur bei denen stattfinden kann, die gleich sind in ihrer Herkunft und ihrem Talent nach“<sup>52</sup>, würde die USA dank ihrer globalen Übermacht außerhalb und über dem Völkerrecht stehen. Sie versuchen, sich als „Weltregierungsstaat“<sup>53</sup> zu entwickeln, der selbst nicht rechtsstaatlich gebunden ist.

Die realen Schranken dieser „Übermacht“ in fast allen wichtigen Fragen, die wachsende militärische, politische und wirtschaftliche Handlungsmacht verschiedener Regionalmächte<sup>54</sup>, die das globale Kräfteverhältnis langfristig zuungunsten der USA verschiebt, die hohe Interdependenz aller wesentlichen globalen Akteure werden in den nächsten zwei Jahrzehnten das Bild von einer unipolaren Weltordnung gründlich revidieren. Wenn die Europäische Union dabei ihre eigenen Interessen einbringen will, dann ist es sicherlich richtig zu sagen: „Die großen Staaten der EU müssen erkennen, dass internationale Ordnung ohne eine aktive Rolle der Union nicht zustande kommen wird; sie müssen bereit sein, die Last der Führung zu tragen, um die Union auf diesem Wege voranzubringen.“<sup>55</sup> Sie werden lernen müssen, dass dies ohne langen Atem und Entschlossenheit, selbst die Tagesordnung der internationalen Politik mitzubestimmen, nicht möglich ist. Es wird sich zeigen, ob sie gleichzeitig begreifen werden, dass diese aktive Rolle und Last auch weiterhin vor allem nichtmilitärisch bleiben muss, oder ob sie der Verführung des Militärischen erliegen.

Die Europäer haben aus der Geschichte eine gemeinsame Erfahrung: Jeder Versuch, langfristig ein Staatensystem zu errichten, das durch einen Staat dominiert wird, ist zum Scheitern verurteilt. Seit dem Westfälischen Frieden hat sich in Europa ein antiimperiales und antihegemoniales System der Gleichheit der Staaten bewährt. Während die USA eine fast ungebrochen positive Hegemonieerfahrung haben, wissen die Europäer um die Gefahren, die mit einer solchen Hegemonie verbunden sind. Aus ihren Interessen und aus geschichtlichen Erfahrungen heraus, kann die Europäische Union ein wichtiger Akteur bei der Schaffung einer auf dem Völkerrecht gegründeten multipolaren Ordnung sein.<sup>56</sup>

Für Europa ist der wichtigste Weg dazu die Schaffung nicht konkurrierender regionaler Friedensordnungen, die die Bedeutung einer globalen Ordnungsmacht minimieren und

---

<sup>51</sup> Kagan, Robert, 2003: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin: Siedler.

<sup>52</sup> Aristoteles, 1989: Politik. Schriften zur Staatslehre. Stuttgart: Philipp Reclam jun., S. 186.

<sup>53</sup> Claus Leggewie in: Brumlik, Micha; Leggewie, Claus, 2003: Schöne neue Welt. Europäische und transatlantische Bruchlinien. Gespräch mit den „Blättern“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/2003, S. 427.

<sup>54</sup> Auch innerhalb der Europäischen Union wird vor allem durch Frankreich und Deutschland mit hoher Geschwindigkeit am Aufbau gemeinsamer militärischer Fähigkeiten gearbeitet. Es ist ein europäischer Rüstungskomplex im Entstehen, der Europa bei begrenzten militärischen Aktionen unabhängig von den USA machen sollen.

<sup>55</sup> Bertram, Christoph, 2003: Stärke und Schwäche. Eine Antwort auf Robert Kagan. In: Merkur, Heft 3/2003, S. 205.

<sup>56</sup> Wie Werner Link schreibt: „Das gemeinsame anti-hegemoniale und antiimperiale Geschichtsbild ist geeignet, die Solidarität der europäischen Völker sowohl im Zuge der vertieften Integration wie auch im Zuge einer gemeinsamen Außenpolitik zu begründen.“ Link, Werner, 2003: Das antiimperiale Europa. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. August 2003, S. 6.

gegenüber der „harten“ militärischen Macht vor allem auf die „soft power“ von wirtschaftlicher Kooperation und Integration, auf Verständigung und Selbstbindung der politischen Akteure sowie die Stärkung des Völkerrechts setzen.<sup>57</sup> Der europäische Weg „zur Verantwortung einer Weltmacht“<sup>58</sup> wäre die sanfte Macht hoher Legitimation, die sich gleichermaßen an fairen Verfahren und an gerechten Ergebnissen zu orientieren hätte. Es wäre eine Macht, die sich stärker an Konfuzius<sup>59</sup> als an Hanfei Zi orientiert und Gewalt der Tugend und dem Recht unterordnet. Sie wird militärische Macht nicht ausschließen<sup>60</sup>, aber ihre reale Anwendung an strikte völkerrechtliche Regeln binden und minimieren und ihren gegenwärtigen beschleunigten Ausbau hoffentlich bald wieder zum Stehen bringen.

### 3. Ausblick

Die Globalisierung ist vor allem ein Prozess der Integration von Großregionen und ihrer engeren Kooperation. Für die Europäer heißt Globalisierung deshalb nicht Amerikanisierung, sondern Europäisierung. Die Orientierung an den USA als Leitbild eigener Entwicklung wäre nur die Fortsetzung von Unmündigkeit mit anderen Mitteln. Europa hat gerade dann eine Zukunft, wenn es sein eigenes Wirtschafts- und Sozialmodell nicht ab-, sondern ausbaut, die eigenen historischen Traditionen von Integration weiter verfolgt und den neuen Bedingungen anpasst sowie einen eigenen und unverwechselbaren Beitrag zur Entstehung einer neuen Weltordnung leistet, der vor allem in der Stärkung von Prinzipien der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, der Interdependenz, des Multilateralismus und des Völkerrechts besteht. Die Europäer sind weise beraten, sich selbst in ihrer Eigenart zu erkennen, den Verführungen der blinden Nachahmung zu entsagen, sich selbst durch beispielhafte Lösung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme auf dem Wege von Freiheit, Gleichheit und solidarischer Demokratie zu bezwingen.

---

<sup>57</sup> Nye, Joseph S., 1994: What is Power and how can we best use it? In: Benjamin Ederington; Michael Mazart (eds.): Turning Point. The Gulf War and U.S. Military Strategy. Boulder: Westview.

<sup>58</sup> Europäische Kommission: Die Europäische Union 2002: Überblick.  
<http://europa.eu.int/abc/doc/off/rg/de/2002/pg0002.htm>

<sup>59</sup> „Konfuzius sprach: ‚Will man Gehorsam durch Gesetze und Ordnung durch Strafe, dann wird sich das Volk den Gesetzen und Strafen zu entziehen versuchen und alle Skrupel verlieren. Wird hingegen nach sittlichen Grundsätzen regiert und die Ordnung durch Beachtung der Riten und der gewohnten Formen des Umgangs erreicht, so hat das Volk nicht nur Skrupel, sondern es wird auch aus Überzeugung folgen.“ Konfuzius: Gespräche. Verlag Philipp Reclam jun. Leipzig. Leipzig 1988, S. 46.

<sup>60</sup> So heißt es in einer Erklärung des Europäischen Rats von 1999 mit Blick auf die Möglichkeit der Durchführung von humanitären und friedenserhaltenden Aufgaben sowie Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen: „Im Hinblick darauf muss die Union die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten, sowie die Mittel und die Bereitschaft besitzen, deren Einsatz zu beschließen, um – unbeschadet von Maßnahmen der NATO – auf internationale Krisensituationen zu reagieren.“ (Hervorheb. – d. Verf.) Zit. in: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik/Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.  
[http://ue.eu.int/intro\\_pesc/pres.asp?lang=de](http://ue.eu.int/intro_pesc/pres.asp?lang=de)